

Wolfgang Buchberger

Demokratie lernen und leben im Rahmen schulischer Politischer Bildung¹

Kompetenz-Strukturmodell für Politische Bildung Die Grundlage für fachspezifische Politische Bildung in Österreichs Schulen bildet das österreichische Kompetenz-Strukturmodell für Politische Bildung². Dieses benennt Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften, die im Laufe der Schulpflicht und darüber hinaus angebahnt werden sollen, um zum kritischen politischen Denken und Handeln befähigt zu sein, sich also im Feld des Politischen selbstständig, kompetent und ohne Anleitung anderer bewegen und dadurch politisch teilhaben zu können.

Konflikte lösen und kritisches Denken lernen Das bedeutet unter anderem, eigene Interessen zu erkennen und zu wahren, den politischen Konflikt und seine Lösung zu suchen, fremde und eigene Meinungen und Urteile auf ihre Begründung hin zu untersuchen, Politik, wie sie uns im Alltag begegnet, zu hinterfragen, eigene Meinungen erfolgreich zu vertreten, diese auch zu überdenken und gegebenenfalls zu ändern und als WählerIn Verantwortung zu übernehmen. Dies alles vor dem Hintergrund einer aktiven „Gestaltung der Gesellschaft und Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte“ im Sinne demokratischer Prinzipien und Grundwerte „wie Frieden, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität“³. Welche Rolle schulische Politische Bildung für „Demokratie lernen und leben“ übernehmen kann, wird im Folgenden beschrieben.

Politik-Lernen oder Demokratie-Lernen? Ein scheinbarer Widerspruch

Demokratie theoretisch ... Ausgehend von der Annahme, dass zu Politischer Bildung mehr gehöre als fachliches Wissen, nämlich auch spezifische Werthaltungen, Überzeugungen, demokratische Grundhaltungen und nicht zuletzt die Bereitschaft zu verantwortungsvoller politischer Teilhabe, wurde gefordert, dass der Schwerpunkt vom oftmals abstrakten und theoretischen Politik-Lernen in Richtung Demokratie-Lernen anhand unmittelbarer praktischer Erfahrungen verschoben werden müsse.⁴ Kritisiert wurde auf der einen Seite, dass ein Unterricht über Politik alleine nicht genüge, da dieser praktische Erfahrungen mit Demokratie bzw. Demokratie als Lebensraum zu wenig berücksichtige, und auf der anderen Seite, dass die Reduzierung auf soziales und gesellschaftliches Lernen grundlegende politische Fragen ausklammere, wofür komplexeres Lernen mit dem Fokus sowohl auf mikro- als auch auf makropolitischen Ebene notwendig wäre.⁵

Zentrale Bedeutung des Demokratiebegriffs In der Politischen Bildung sollte folglich die Demokratie als Herrschaftsform genauso berücksichtigt werden wie die Demokratie als Gesellschaftsform und vor allem die Demokratie als Lebensform (im politischen Nahbereich der Lernenden).⁶ Hierbei zeigt sich, dass der Demokratiebegriff für die Politische Bildung in der Demokratie zentral ist, und dass dieser auch die normative Grundlage für ein Demokratieverständnis und somit für die Politische Bildung darstellt⁷: Daraus ergibt sich in der Folge die Aufgabe, das Alltagsverständnis von Demokratie zu vertiefen, das Fundament für die Entwicklung demokratischer Werte zu schaffen, politische Mündigkeit zu vermitteln und diejenigen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften grundzulegen, welche für die demokratische Teilhabe an politischen Prozessen notwendig sind.

Reinhard Kramer hält dazu fest, dass Demokratie nichts ist, das sich von selbst ergibt, und dass Kinder und Jugendliche nicht als DemokratInnen geboren werden, sondern eine Hinführung zur Demokratie brauchen. Dies könnte im Rahmen der Politischen Bildung durch Demokratie-Lernen in Form einer Konfrontation mit demokratischen Werten geschehen, sodass durch die Lernenden die Bereitschaft entwickelt werden kann, in diesem Sinne Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen und dadurch Demokratie zu bewahren, jedoch auch weiterzuentwickeln.⁸ Dafür ist nicht nur bloßes Wissen (Institutionenkunde) notwendig, sondern auch Handlungsorientierung und politische Handlungskompetenz⁹, welche die Partizipation von jungen Menschen in Staat und Gesellschaft erst möglich macht.

Demokratie muss gelernt, bewahrt und entwickelt werden

Zu dieser Diskussion, ob dem Politik- oder dem Demokratie-Lernen mehr Aufmerksamkeit zu schenken sei, soll mit Peter Massing darüber hinaus angemerkt werden, dass der unter Jugendlichen sehr negativ behaftete Begriff „Politik“ mit dem grundsätzlich positiv besetzten Begriff der „Demokratie“ zusammengeführt werden muss.¹⁰ Es ist Aufgabe der Politischen Bildung, dieser Kluft durch komplexere kognitive Denkleistungen, durch analytische und reflexive Momente, durch entlang kritischer Diskurse entstehende Einsichten, kurz durch Anbahnung eines reflektierten und reflexiven Politikbewusstseins entgegenzuwirken.

Demokratie und Politik begrifflich verbinden

Entscheidend bei der Weiterentwicklung dieser Konzepte ist ebenso die Fähigkeit zum reflektierten und konstruktiven Umgang mit Widersprüchen. Es muss in diesem Zusammenhang vermittelt werden, dass es sich beispielsweise bei Demokratie keinesfalls um einen harmonischen Idealzustand handelt, sondern dass die sich aus unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen ergebenden Konflikte als Normalzustand zu betrachten sind.¹¹ In einer Konkordanzdemokratie¹² oder pluralistisch-repräsentativen Demokratie ist „das Gemeinwohl nicht von vornherein definierbar“, sondern muss „jeweils quasi ausgestritten werden [...]. Um nun die aus der Vielfalt der Interessen sich ergebenden Konflikte ohne dauernden Schaden für ein politisches System verkraften zu können, ist es unverzichtbar, dass es einen breiten sogenannten ‚nichtkontroversen Sektor‘ an genereller Zustimmung zu den Grundwerten und Regeln einer Gesellschaft gibt.“¹³

Umgang mit Widersprüchen

Kommt man wieder zurück zur Praxis des Demokratie-Lernens in der Politischen Bildung, so muss festgestellt werden, dass Belehrung, Maßregelung oder Erziehung für das angestrebte Ziel jedenfalls nicht zweckmäßig sein können: „Je intensiver sie [die SchülerInnen, Anm.] Demokratie selbst (er)leben, umso weniger werden sie ihren Wert in Zweifel ziehen.“¹⁴ Zusammenfassend kann an dieser Stelle jedenfalls festgehalten werden, dass Demokratie-Lernen als (wichtiger) Teil des Politik-Lernens verstanden werden muss. Letzteres darf dabei aber nicht zu kurz kommen.

Demokratie selbst erleben

Demokratie lernen in der Schule

Zum Stichwort „Demokratieerziehung“ finden sich in den gesetzlichen Vorgaben des fächerübergreifenden Unterrichtsprinzips „Politische Bildung“ auf allen Schulstufen, im Lehrplan für die Primarstufe und in den Lehrplänen der Sekundarstufe passende Passagen (vgl. die folgende Tabelle).

Unterrichtsprinzip Politische Bildung

Offensichtlich geht es in den rechtlichen Grundlagen für die schulische Politische Bildung auch zentral darum, demokratische Werte zu vermitteln und vor allem SchülerInnen darüber reflektieren zu lassen. Der Schule kommt in der Werteerziehung eine tragende Rolle zu. Der zentrale Auftrag, um nicht zu sagen eine Kernaufgabe der

Grundlegende Werte vermitteln

AUSZÜGE AUS DEN LEHRPLÄNEN UND DEM GRUNDSATZERLASS (AUSWAHL 1)			
Fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip Politische Bildung auf allen Schulstufen	Lehrplan für die Primarstufe (Sachunterricht)	Lehrplan für die Sekundarstufe I (Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung)	Lehrplan für die Sekundarstufe II (Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung)
„Politische Bildung ist ein bedeutender Beitrag zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte.“	„Dabei hat der Unterricht aktiv zu einer den Menschenrechten verpflichteten Demokratie beizutragen sowie Urteils- und Kritikfähigkeit, Entscheidungs- und Handlungskompetenzen zu fördern.“	Ziel des Unterrichtes ist es daher, [...] ein reflektiertes und (selbst-)reflexives Geschichts- und Politikbewusstsein zu entwickeln und das Bewusstsein für die Bedeutung von Demokratie und Menschenrechten sowie Europäischer Grundwerte [...] zu schärfen.	„Durch die Auseinandersetzung mit Feldern wie [...] Gemeinwohl und Gerechtigkeit, Krieg – Frieden, Diktatur und Demokratie etc. soll ein wichtiger Beitrag zur Erziehung zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geleistet werden.“

Politischen Bildung, nämlich die Vermittlung von demokratischen Grundwerten¹⁵, lässt sich auch damit begründen, dass für das Funktionieren unserer liberalen pluralistischen Gesellschaft ein grundsätzliches Verständnis für die Erfordernisse und die Funktionsweise derselben vorhanden sein muss¹⁶, wofür demokratische Werthaltungen und davon ableitbare Normen des Zusammenlebens kennengelernt, verstanden und hinsichtlich einer mündigen Partizipation auch akzeptiert worden sein müssen.¹⁷

- Erfolgsmodell Demokratie** Die Demokratie ist das erfolgreichste politische System alleine schon deswegen, weil es wie kein anderes Herrschaftsmodell (z.B. obrigkeitstaatliche, autokratische oder autoritäre Systeme) Lebensqualität, Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und politische Beteiligung für alle BürgerInnen sichert. „Der entscheidende Unterschied gegenüber allen anderen Herrschaftsformen ist der, dass sie [nämlich demokratische Gesellschaften, Anm.] das Individuum, seine Menschenwürde und seine Handlungsfreiheit (und damit auch seine produktiven Kräfte) in den Mittelpunkt rücken.“¹⁸
- Zentrale Werte in Demokratien** ... Zentrale Werte, über die in der demokratischen Gesellschaft trotz der Unterschiede in Auslegung und Konkretisierung Einigkeit herrscht, sind Folgende:¹⁹ Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit.²⁰ Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass es zum einen auch kontroverse Diskussionen darüber gibt, welche Werte nun für die Demokratie Geltung besitzen²¹, dass zum anderen diese Werte keinesfalls eindeutig sind und in ihrer abstrakten Form in unterschiedlichen Kontexten auch anders konkretisiert werden²² und daher einer Klärung bzw. Reflexion bedürfen (vgl. den Beitrag von Martina Zandonella in diesem Heft). Dennoch wird immer wieder betont, dass hinter der zunehmenden Vielfalt von Lebensvorstellungen heute ein „in der Gesellschaft verankerter, selbstverständlicher Basiskonsens über demokratische Grundwerte“²³ ausgemacht werden kann.
- ... als Sicherheit gegen Angriffe auf die Demokratie selbst** Gotthard Breit meint zur Bedeutung der Vermittlung dieser Werte: „Wenn Grundwerte im Bewusstsein möglichst vieler Staatsbürgerinnen und -bürger verankert sind, sorgt dieser Grundkonsens dafür, dass von den unterschiedlichen Weltanschauungen, Religionen, Wertauffassungen, Zielen, Ideen, Interessen und den dadurch hervorgerufenen Auseinandersetzungen keine Gefahr für die Demokratie und den Grund-

anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Mündigkeit und menschliche Würde ausgeht.“²⁴ Anzumerken ist hier, dass es nicht ausreichend ist, diese Werte top down von oben herab vom Staat oder der Verfassung vorzugeben, sondern dass diese von den BürgerInnen anerkannt und als politische Grundhaltung angewandt werden müssen.²⁵

Dies führt auch zur Frage der Grenzen einer Wertevermittlung oder -erziehung im Rahmen der Politischen Bildung:²⁶ Einmal stellt sich in diesem Kontext die Frage, ob eine (Demokratie-)Erziehung, die nicht auf Anpassung, sondern auf Reflexion der und Mündigkeit innerhalb der demokratischen Strukturen abzielt, überhaupt im Sinne eines oftmals auch autoritär gedeuteten Erziehungsbegriffs möglich ist? Eigentlich nicht, denn SchülerInnen sollen politisch lernen durch unabhängiges, selbstständiges Denken.²⁷ Die Vermittlung demokratischer Werte kann infolgedessen im Sinne der Politischen Bildung nur über Einsicht geschehen, welche sich durch konkrete Lernarrangements (u.a. Multiperspektivität, Empathie, Dilemma) und konkrete SchülerInnenaktivitäten ergibt.

Selbständiges Lernen ohne Anpassungsdruck

Der scheinbare Widerspruch zwischen der Vermittlung demokratischer Werte und einer aufgeklärten Politischen Bildung, in welcher Lernende selbstständig zu reflektierten Urteilen kommen, lässt sich dadurch beseitigen, dass demokratische Werte und Haltungen durch die Lernenden in praxisbezogenen unterrichtlichen Situationen erfahren werden und darüber reflektiert und (ergebnisoffen) diskutiert wird in dem Vertrauen, „dass sich die Kraft der guten Idee, die in der Praxis erfahrbar wird, gleichsam von alleine durchsetzt“²⁸. SchülerInnen sind also mit demokratischen Prinzipien im Unterricht konfrontiert, üben diese auch aus, diskutieren darüber und erleben somit Reflexions- und Beteiligungsprozesse, „die auf gegenseitigem Respekt und auf vernunftbegründeten Regeln beruhen“ und somit „besser geeignet [sind] zur Lösung von Konflikten und zum Ausgleich von Interessen“²⁹.

Demokratische Praxis im Unterricht

Ergänzend kann hinzugefügt werden, dass Politische Bildung, so wie sie in den österreichischen normativen Vorgaben verankert ist, keinesfalls auf die Überprüfung von Werthaltungen oder Einstellungen abzielt, sondern auf das Verfügen über spezifische Fähigkeiten und Fertigkeiten des politischen Denkens.³⁰

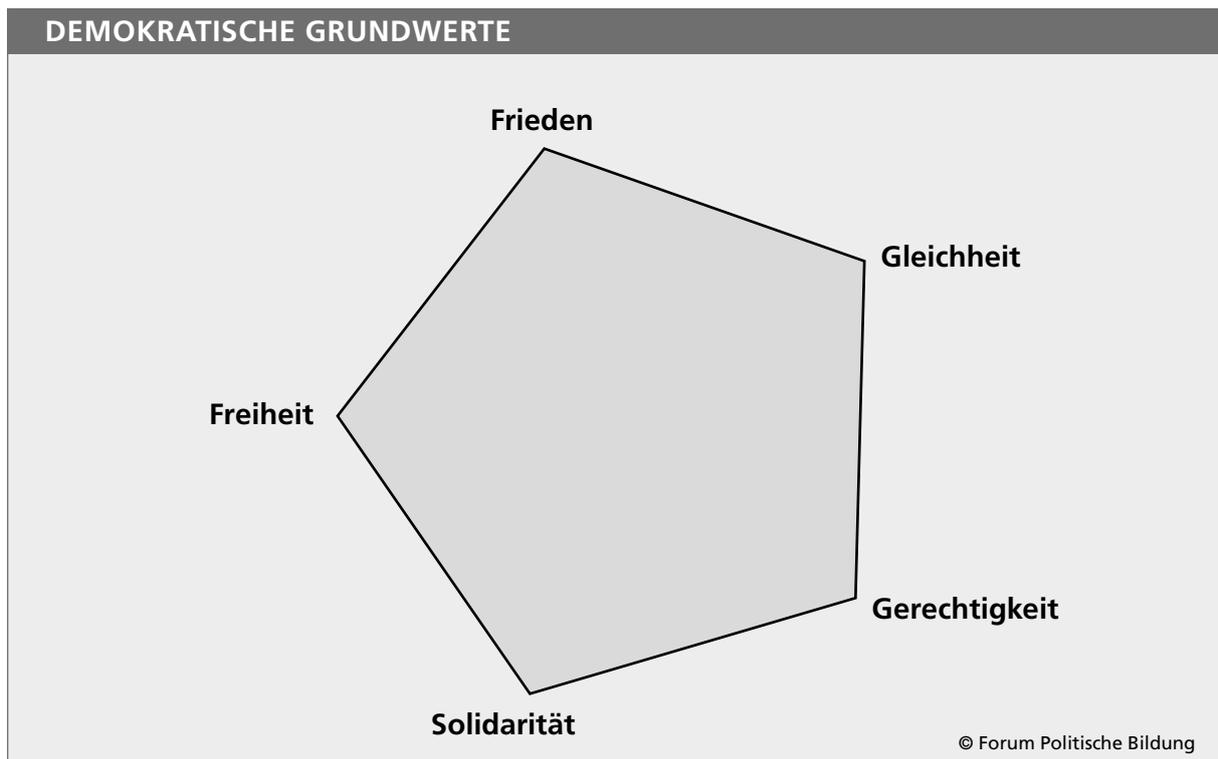
Konkrete Unterrichtsbeispiele zu den fünf oben genannten demokratischen Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Frieden, Gerechtigkeit lassen sich in Publikationen der letzten Jahre finden.³¹ Im Zusammenhang mit **Freiheit** kann im schulischen politischen Lernen einerseits die (politische) Freiheit des Einzelnen, welche politische Urteilskompetenz voraussetzt, andererseits die Freiheit der Medien bzw. der reflektierte Umgang damit behandelt werden. Eine Beschäftigung mit **Gleichheit** kann sich den gleichen Grundrechten aller BürgerInnen bzw. aller Menschen widmen. Der anzustrebenden rechtlichen Gleichheit von Menschen stehen die natürliche und soziale Ungleichheit gegenüber. Dahingehend können mit Blick auf den Grundwert **Solidarität** beispielsweise Gerechtigkeitsvorstellungen, Chancengleichheit oder auch Gemeinwohlvorstellungen thematisiert werden. Fragen zu Grund- und Freiheitsrechten, Menschenrechten oder Kinderrechten können vor dem Hintergrund des Grundwertes **Gerechtigkeit** eine Rolle spielen. Die Voraussetzung für alle anderen Grundwerte ist der **Frieden**. In diesem Zusammenhang kann es in Verbindung mit Politischer Bildung z.B. darum gehen, einen demokratischen Umgang mit politischen Konflikten zu thematisieren.

Vermittlung der Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit

Demokratie leben in der Schule

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten skizzenhaft die Möglichkeiten der Politischen Bildung hinsichtlich der „Erziehung“ zu bzw. der Vermittlung von demokra-

Gelebte Demokratie



tischen Werten, also „Demokratie-Lernen“, veranschaulicht wurde, wird im folgenden Abschnitt der zweite eingangs genannte Möglichkeitsraum der Politischen Bildung vorgestellt: gelebte Demokratie an Schulen. Wenn die Schule zur Entwicklung eines Demokratiebewusstseins beitragen möchte, so muss Demokratie auch in der Schule erfahrbar sein.

Schule als demokratischer Ort

Die normativen Vorgaben vom fächer- und schulstufenübergreifenden Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“, über den Lehrplan der Primarstufe bis hin zu den Lehrplänen der Sekundarstufe, betonen Schule als demokratischen Ort, an welchem demokratisches Handeln auch gelebt werden sollte (vgl. Auswahl 2). Es wird das Recht auf Beteiligung unterstrichen und die Entwicklung eines Bewusstseins bei SchülerInnen für die Möglichkeit auf Veränderung durch aktives Engagement im Rahmen der Einrichtungen der Schuldemokratie. Nimmt man den roten Faden an dieser Stelle noch einmal auf und fragt nach der Wirksamkeit der Vermittlung demokratischer Werte im Unterricht, so muss darauf hingewiesen werden, dass die institutionell gelebte Kultur, die demokratische Schulkultur, sicherlich entscheidenden Einfluss hat.³² „Die Schul- und Unterrichtskultur einer Schule selbst soll [sic!] Demokratie-Lernen durch bildende Erfahrungen ermöglichen, indem Schüler und Schülerinnen durch eigenes Handeln sowie durch die Wahrnehmung von modellhaften Personen, Beziehungen und Sachverhalten den Sinn von Politik und Demokratie in der Schule praktizieren, erleben und verstehen, um durch solche Demokratieerfahrungen politische Mündigkeit und Demokratiekompetenzen entwickeln zu können.“³³

Partizipation in der Schule ermöglichen

Es ist bekannt, dass Demokratien nur dann wirklich funktionieren können, wenn BürgerInnen die Fähigkeiten, Fertigkeiten und vor allem die Bereitschaft zur Partizipation haben. Daher sollte es auch (und besonders) für den Unterricht der Politischen Bildung ein großes Anliegen sein, Kinder und Jugendliche auf ihre (künftige) Partizipation – hier verstanden als Mitwirkung, Mitbestimmung und Teilhabe an Entscheidungen –

AUSZÜGE AUS DEN LEHRPLÄNEN UND DEM GRUNDSATZERLASS (AUSWAHL 2)		
Fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip Politische Bildung auf allen Schulstufen	Lehrplan für die Primarstufe (Sachunterricht, Erfahrungs- und Lernbereich Gemeinschaft)	Lehrpläne für die Sekundarstufe I und II (Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung)
„Schule soll ein Ort sein, an dem demokratisches Handeln gelebt wird. So können Kinder und Jugendliche möglichst früh erfahren, dass sie nicht nur ein Recht auf Beteiligung haben, sondern auch, dass jeder und jede Einzelne durch aktives Engagement Veränderung bewirken kann.“	„So erwerben Kinder Kenntnisse, Fähigkeiten und Haltungen, die für die Mitwirkung an der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft und für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen grundlegend sind.“	„Diese für politisches Handeln zentralen Fähigkeiten sind anhand konkreter Beispiele, etwa durch Simulationsspiele und im Rahmen der Einrichtungen der Schuldemokratie zu vermitteln (Politische Handlungskompetenz).“

vorzubereiten, sodass aus SchülerInnen von heute, die zu politischem Engagement motiviert werden, die mündigen BürgerInnen, reflektiert und reflexiv, von morgen werden.³⁴ Dabei ist es einerseits wichtig, dass SchülerInnen die Schule

- a) als Ort der Partizipation³⁵ erfahren, andererseits sollten auch in frühem Lernalter
- b) Möglichkeiten der außerschulischen Partizipation am politischen Prozess kennengelernt werden.

Gerade für den ersten Teil – schulische Partizipationsmöglichkeiten – stellt Peter Herdegen als Ergebnis empirischer Sozialforschung dar, dass es einen „positive[n] Zusammenhang zwischen Wertschätzung des demokratischen Systems, Vertrauen in die eigene politische Handlungskompetenz und den Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung in der Schule“³⁶ gibt. Deshalb soll es ein Ziel sein, SchülerInnen im Unterricht bzw. in der Schule Partizipation zu ermöglichen.³⁷

In diesem Zusammenhang kann SchülerInnen vermittelt werden, dass politische Partizipation mehr bedeutet als nur alle paar Jahre zur Wahlurne zu schreiten. Politische Bildung ist „im Rahmen der Schulpartnerschaft und der gesetzlichen Vertretung der SchülerInnen wirksam“, so heißt es im Grundsatzterlass zum Unterrichtsprinzip Politische Bildung. An dieser Stelle sei deshalb auf die Gremien der Schulpartnerschaft verwiesen, wo Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen in Klassen- und Schulforen, Elternvereinsversammlungen, Klassensprecherkonferenzen, Schulkonferenzen, Schulgemeinschaftsausschüssen mitdiskutieren und mitentscheiden können.³⁸

Als ein erster Schritt in Richtung Partizipation – mit allen Einschränkungen – kann die Wahl von KlassensprecherInnen, welche Mitbestimmung nach demokratischen Maßstäben sicherstellt,³⁹ gesehen werden. Weiters bieten Klassenräte, die in den institutionalisierten Gremien nicht vorkommen, für SchülerInnen einer Klasse und eine Lehrkraft in regelmäßigen Abständen – meist wöchentlich – die Gelegenheit, „Probleme zu besprechen, Konflikte zu bearbeiten, Entscheidungen zu treffen oder Regeln für den Umgang miteinander festzulegen. Es geht dabei auch um Unterrichtsfragen (Schwerpunkte bzw. Methoden im Unterricht, Projektplanungen etc.). Der Klassenrat entscheidet gemeinsam über selbstgewählte Inhalte, Regeln, Vereinbarungen und Maßnahmen“.⁴⁰ Besonders hervorzuheben ist im Zusammenhang mit den partizipativen Strukturen an der Schule die sicherlich noch zu wenig genutzte Möglichkeit von SchülerInnenparlamenten, in welchen Themen wie Schule ohne Angst, Verbesserung der Kommunikation, Verbesserung der Arbeitsweise der SchülerInnenvertretung, Schule als Lebensraum für alle usw. behandelt werden können.⁴¹ SchülerInnen-

Vorbereitung auf Mitbestimmung

Wahl von KlassensprecherInnen

Klassenräte

SchülerInnenparlamente

parlamente oder ähnliche Projekte der Schulgemeinschaft, die die demokratische Beteiligung von SchülerInnen fördern, eignen sich nicht nur für die Sekundarstufe II, sondern werden ebenso erfolgreich in der Sekundarstufe I, ja sogar in Volksschulen durchgeführt, wo z.B. Maßnahmen zur Förderung des Zusammenlebens in der Schule und die Erarbeitung von dafür notwendigen Verhaltensvereinbarungen diskutiert und beschlossen werden können.⁴² Eine Verknüpfung des partizipativen (politischen) Handelns mit begleiteten Reflexionen darüber ist jedenfalls gefordert, um die Entwicklung politischer Kompetenzen gezielt zu fördern.⁴³

- 1 Gekürzter und in Teilen veränderter Text nach Buchberger, Wolfgang: Gelebte Demokratie und Demokratiebildung an Schulen – Herausforderungen und Möglichkeiten, in: Reitmair-Juarez, Susanne/Stainer-Hämmerle, Kathrin (Hrsg.): *Umkämpfte Demokratie(n), Wahlen und Politische Bildung* (Arbeitstitel). Frankfurt/M. 2019. (in Vorbereitung)
- 2 Vgl. Krammer, Reinhard/Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede et al.: Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell (Langfassung). Unveröffentlichtes Manuskript Wien 2008. Online abrufbar auf der Internetseite des Bundeszentrums für Gesellschaftliches Lernen unter <https://www.geschichtsdidaktik.com/materialien-für-den-unterricht/>, 27.11.2007
- 3 Unterrichtsprinzip Politische Bildung. Grundsatzlerlass 2015, S. 1f.
- 4 Vgl. Massing, Peter: Demokratie-Lernen oder Politik-Lernen? In: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): *Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung*. Schwalbach/Taunus 2002, S. 160–187, hier: S. 162.
- 5 Vgl. ebd. S. 171–174.
- 6 Vgl. Himmelmann, Gerhard: Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): *Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung*. Schwalbach/Taunus 2002, S. 21–39, hier: S. 26–31. Außerdem: Himmelmann, Gerhard: *Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*. Ein Lehr- und Studienbuch. Schwalbach/Ts. 2001.
- 7 Vgl. Sander, Wolfgang: *Geschichte der Politischen Bildung*, in: Ders. (Hrsg.): *Handbuch politische Bildung*. Schwalbach/Ts. 2014⁴, S. 15–30, hier: S. 28f.
- 8 Vgl. Krammer, Reinhard: *Demokratielernen durch politische Bildung? In: Ammerer, Heinrich/Fallend, Franz/Windischbauer, Elfriede: Demokratiebildung. Annäherungen aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik*. Innsbruck/Wien/Bozen 2012, S. 27–42, hier S. 28f. Vgl. auch Bartels, Hans-Peter: Weil sich Demokratie nicht vererbt. Argumente für zusätzliche Anstrengungen beim Demokratielernen, in: Lange, Dirk/Himmelmann, Gerhard (Hrsg.): *Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung*. Wiesbaden 2010, S. 31–42, hier S. 36–38.
- 9 Vgl. Krammer et al., *Kompetenz-Strukturmodell*.
- 10 Vgl. Massing, *Demokratie-Lernen*, S. 167 u. 173.
- 11 Vgl. dazu Hellmuth, Thomas/Klepp, Cornelia: *Politische Bildung. Geschichte, Modelle, Praxisbeispiele*. Böhlau 2010, S. 15–86. Sie nennen in einem historischen Aufriss den Umgang mit Konflikten in der Politischen Bildung als Indikator für die Zieldimension der Bildung zu aufgeklärten und mündigen BürgerInnen. Vgl. auch Massing, Peter: *Konfliktfähigkeit – Eine zentrale Voraussetzung für politische Handlungskompetenz*, in: Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hrsg.): *Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen*. Schwalbach/Ts. 2017, S. 146–161.
- 12 Vgl. Schmidt, Manfred G.: *Demokratietheorien. Eine Einführung*. Wiesbaden 2003³, S. 325–337. Österreich wird von Schmidt als „Mischform mit starker konkordanzdemokratischer Tradition“ eingestuft (ebd., S. 330)
- 13 Dachs, Herbert: *Verschiedene Modelle der Demokratie*, in: *Forum Politische Bildung* (Hrsg.): *Informationen zur Politischen Bildung* 28/2008, S. 22–30, hier: S. 24.
- 14 Vgl. Krammer, *Demokratielernen*, S. 31.
- 15 Vgl. zur Vollständigkeit auch Einwände gegen die Vermittlung von Werten in der Schule bei Sander, welche dieser jedoch auch entkräftet: Sander, Wolfgang: „erkennen, als jemand, der einmalig ist in der Welt!“ – Werteerziehung als Aufgabe der Schule, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): *Werte in der politischen Bildung*, Schwalbach/Taunus 2000, S. 184–201, hier: S. 184–186.
- 16 Vgl. gescheiterte Demokratien der Zwischenkriegszeit, aber auch aktuellere Beispiele der Dekonsolidierung von demokratischen Systemen, z.B. im Zuge des arabischen Frühlings. Vgl. dazu auch die Akzeptanz von allgemeinen Spielregeln und institutionellen Verfahrensweisen als Aspekte eines Demokratiebewusstseins bei Himmelmann, Gerhard: *Durch Demokratie-Lernen zum Demokratiebewusstsein*, in: Lange, Dirk/Himmelmann, Gerhard (Hrsg.): *Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung*. Wiesbaden 2007, S. 26–40, hier S. 33.
- 17 Vgl. Ammerer, Heinrich: *Zum demokratiebildenden Umgang mit Werten, Normen und Gesetzen in jungen Lernaltern*, in: *Forum Politische Bildung* (Hrsg.): *Informationen zur Politischen Bildung* 39/2016, S. 16–25, hier S. 16f.
- 18 ebd., S. 18.

- 19 Vgl. Breit, Gotthard: Grundwerte im Politikunterricht, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): Werte in der politischen Bildung, Schwalbach/Taunus 2000, S. 218–248, hier S. 222–226.
- 20 Diese Werte finden sich im österreichischen Grundsatzerslass für Politische Bildung aus 2015, S. 2.
- 21 Vgl. Klein, Ansgar/Speth, Rudolf: Demokratische Grundwerte in der pluralisierten Gesellschaft. Zum Zusammenspiel von politischen Verfahren und bürgerschaftlichem Engagement, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried: Werte in der Politischen Bildung. Schwalbach/Ts. 2000, S. 30–55, hier S. 45.
- 22 Vgl. Reinhardt, Sibylle: Werteorientierte Demokratiepoltik, in: Friedrichs, Werner/Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratiepoltik. Vermessungen – Anwendungen – Probleme – Perspektiven, Wiesbaden 2016, S. 95–110, hier S. 98.
- 23 Sander, Werteerziehung, S. 188.
- 24 Breit, Grundwerte, S. 222.
- 25 Breit, Grundwerte, S. 222.
- 26 Vgl. die Handlungsmaximen des Beutelsbacher Konsens: http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/data/beutelsbacher_konsens.pdf, 04.09.2018. Vgl. auch Mittnik, Philipp/Lauss, Georg/Schmid-Heher Stefan: Was darf politische Bildung? Eine Handreichung für LehrerInnen für den Unterricht in Politische Bildung. Wien 2018. Online unter <https://www.geschichtsdidaktik.com/materialien-für-den-unterricht/>, 04.09.2018
- 27 Breit, Grundwerte, S. 233f.
- 28 Schiele, Siegfried: Möglichkeiten und Grenzen der politischen Bildung bei der Vermittlung von Werten, in: Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hrsg.): Werte in der politischen Bildung, Schwalbach/Taunus 2000, S. 1–15, hier: S. 11.
- 29 Ammerer, Umgang mit Werten, S. 19.
- 30 Vgl. Kühberger, Christoph/ Windischbauer, Elfriede: Individualisierung und Differenzierung im Politikunterricht. Offenes Lernen in Theorie und Praxis. Schwalbach/Ts. 2013, S. 34.
- 31 Es sei auf beispielhafte Umsetzungen verwiesen (online unter: <https://www.geschichtsdidaktik.com/materialien-für-den-unterricht/unterrichtsbausteine/>): Gleichheit: Vgl. Schmid-Heher: Deutschpflicht in der Pause? In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 39/2016, S. 63–72, hier: S. 66 und S. 70–72. Frieden: Windischbauer, Elfriede: Simulationsspiel „Wir bestimmen mit!“, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 28/2008, S. 58–65. Freiheit: Mattle, Elmar: Snaps, Posts und Tweets. Politische Manifestationen in Social Media, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 42/2017, 45–51. Gerechtigkeit: Mörwald, Simon: Wozu brauchen wir Gesetze? In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 39/2016, S. 44–49. Solidarität: Buchberger, Wolfgang: Gerechtigkeit ist Ansichtssache, in: Mittnik, Philipp (Hrsg.): Ethnisierung von Politik (Arbeitstitel). Wien 2019. (in Vorbereitung)
- 32 Sander, Werteerziehung, S. 188f.
- 33 Henkenborg, Peter: Politische Bildung als Schulprinzip: Demokratie-Lernen im Schulalltag, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. Bonn 2014, S. 212–221, hier 212f.
- 34 Vgl. Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede: Jugend und Politische Partizipation. Annäherung aus der Perspektive der Politischen Bildung. Innsbruck/Wien/ Bozen 2009, S. 10.
- 35 Absolut vermieden werden müssen in diesem Zusammenhang „Partizipationsplacebos“: Vgl. dazu Hetke, Reinhold: Die Schule als Ort politischen Handelns, in: Harles, Lothar/Lange, Dirk (Hrsg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach/Ts. 2015, S. 118–128, hier: S. 125.
- 36 Herdegen, Peter: Politikunterricht in der Sekundarstufe I all-gemeinbildender Schulen, in: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. Bonn 2007, S. 196–210, hier S. 204.
- 37 Vgl. zum Kinderrecht auf Partizipation: Kinderrechte-Index in der Schule und Leitfaden für ein partizipatives Kinderrechte-Monitoring in der Schule. Ein Teilprojekt des Projekts „Kinderrechte und Partizipation – Indikatorenentwicklung im schulischen Kontext. Ein Pilotprojekt. Im Auftrag des Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte und des Zentrum polis, September 2015. Als Download verfügbar unter <http://www.politik-lernen.at/site/projekte/kinderrechte>, 27.11.2015.
- 38 Siehe auch den Beitrag von Petra Mayrhofer in diesem Heft
- 39 Vgl. Krammer, Reinhard: Demokratielernen durch politische Bildung? In: Ammerer, Heinrich/Fallend, Franz/Windischbauer, Elfriede: Demokratiebildung. Annäherungen aus Fachwissenschaft und Fachdidaktik. Innsbruck/ Wien/Bozen 2012, 27–42, hier 35f. Krammer verweist in diesem Zusammenhang allerdings auch auf die Grenzen der Partizipationsmöglichkeiten für viele SchülerInnen.
- 40 Zentrum Polis: Entwicklungsplan polis. „Demokratische Schule“: Ideen und Anregungen für Thema 2 eines Entwicklungsplans. Wien 2013. Online unter http://www.politik-lernen.at/dl/mqmsJKKoNmLOJqx4KJK/ep_polis-2.pdf, 01.02.2017
- 41 Konkrete Vorschläge und Erfahrungsberichte dazu: Vgl. Rauechegger-Fischer, Claudia/Senhofer, Irmgard: SchülerInnenmitbestimmung in der Praxis. Projektbericht „Schuldemanokratie am Akademischen Gymnasium Innsbruck“, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 28/2008, S. 74–81. Vgl. auch: Dies.: Schuldemanokratie leben. Das Akademische Gymnasium in Innsbruck, in: Kühberger, Christoph/Windischbauer, Elfriede: Jugend und Politische Partizipation. Annäherungen aus der Perspektive der Politischen Bildung, Innsbruck/Wien/Bozen 2009, S. 70–77.
- 42 Vgl. dazu Stainer-Hämmerle, Kathrin/ Seebacher, Felicitas: SchülerInnenparlament in der Volksschule, in: Ammerer, Heinrich/Krammer, Reinhard/ Windischbauer, Elfriede (Hrsg.): Politische Bildung konkret. Beispiele für kompetenzorientierten Unterricht, Wien 2009, S. 15–21.
- 43 Vgl. Brunhold, Andreas: Wie tragfähig ist der Beutelsbacher Konsens heute? Ein Statement, in: Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hrsg.): Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen. Schwalbach/Ts. 2017, S. 87–103, hier: S. 93 u. 98.

LITERATURHINWEIS: ZWEI UNTERRICHTSBEISPIELE ZUM THEMA

Lauss, Georg/Schmid-Heher, Stefan: Zeitlich begrenzte Fahrverbote für Schulen? Ein Beispiel für politische Mitbestimmung

Hellmuth, Thomas: Was bedeutet nun eigentlich Demokratie? Zur Grundlegung eines demokratischen Verständnisses im Unterricht der Sekundarstufe I

Beide in: *Forum Politische Bildung (Hrsg.): Politische Mitbestimmung. Informationen zur Politischen Bildung 42/2018.*

Bestellbar unter www.politischebildung.com → Bestellungen oder 01/512 37 37